

PRESSEKONFERENZ am 9. Februar 2012

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Vizepräsident der Kommission, Herr Rehn, teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die seit Mitte Januar verfügbar gewordenen Informationen bestätigen weitgehend unsere vorherige Einschätzung. Die Inflation dürfte noch einige Monate über der 2 %-Marke bleiben, bevor sie auf unter 2 % zurückgeht. Vorliegenden Umfrageindikatoren zufolge gab es um den Jahreswechsel herum erste Anzeichen einer Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit auf niedrigem Niveau, aber der wirtschaftliche Ausblick bleibt mit hoher Unsicherheit und Abwärtsrisiken behaftet. Die Grunddynamik der monetären Expansion ist nach wie vor verhalten. Mit Blick auf die Zukunft ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Geldpolitik Preisstabilität für das Euro-Währungsgebiet insgesamt gewährleistet. Damit wird sichergestellt, dass die Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert sind, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Geldpolitik ihren Beitrag zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Eurogebiet leisten kann. In nächster Zeit ist eine sehr gründliche Analyse aller eingehenden Daten und Entwicklungen geboten.

Durch unsere geldpolitischen Sondermaßnahmen werden wir die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors im Euroraum und damit die Finanzierung der Realwirtschaft weiterhin unterstützen. Seit der Durchführung des ersten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfts (LRG) im Dezember 2011 haben wir für eine Reihe von Ländern spezifische nationale Zulassungskriterien

und Risikokontrollmaßnahmen bezüglich der temporären Hereinnahme zusätzlicher Kreditforderungen als Sicherheiten für die Kreditgeschäfte des Eurosystems genehmigt, wodurch sich die Verfügbarkeit von Sicherheiten verbessern dürfte. Weitere Einzelheiten hierzu sind einer Pressemitteilung zu entnehmen, die heute um 15.30 Uhr veröffentlicht wird. Zu Beginn der laufenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode am 18. Januar 2012 wurde der Mindestreservesatz abgesenkt, wodurch zusätzliche Sicherheiten frei wurden. Wie bereits bei früheren Anlässen dargelegt, sind alle unsere geldpolitischen Sondermaßnahmen vorübergehender Natur.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Im vierten Quartal 2011 dürfte das reale BIP-Wachstum sehr schwach gewesen sein. Den Umfrageergebnissen für die letzten zwei Monate zufolge gibt es erste Anzeichen für eine Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit auf niedrigem Niveau. Mit Blick auf die Zukunft rechnen wir im Verlauf dieses Jahres mit einer sehr allmählichen wirtschaftlichen Erholung im Euro-Währungsgebiet. Die sehr niedrigen kurzfristigen Zinssätze und alle getroffenen Maßnahmen zur Förderung der ordnungsgemäßen Funktionsfähigkeit des Finanzsektors im Eurogebiet unterstützen die Wirtschaft des Euroraums. Darüber hinaus haben die Spannungen an den Finanzmärkten infolge unserer geldpolitischen Maßnahmen abgenommen, was jedoch auch auf die Fortschritte bei der Stärkung des Steuerungsrahmens für das Euro-Währungsgebiet und die intensiveren Bemühungen um Haushaltskonsolidierung in mehreren Euro-Ländern zurückzuführen ist. Allerdings sorgen die schwache Entwicklung der weltweiten Nachfrage, die anhaltenden Spannungen an den Staatsanleihemärkten im Euroraum und deren Einfluss auf die Kreditvergabebedingungen sowie der Prozess der Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor weiterhin für eine Dämpfung der zugrunde liegenden Wachstumsdynamik.

Diese Aussichten sind mit Abwärtsrisiken behaftet, die sich vor allem aus den Spannungen an den Staatsanleihemärkten des Eurogebiets und deren möglichem Übergreifen auf die Realwirtschaft des Euroraums ergeben. Auch aus einer möglicherweise ungünstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung, aus stärker als erwartet steigenden Rohstoffpreisen, Protektionismusbestrebungen und der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte erwachsen Abwärtsrisiken.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Eurogebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Januar 2012 wie bereits im Vormonat unverändert auf 2,7 %. Die durchschnittliche Inflationsrate für das Jahr 2011 lag bei 2,7 %, was vor allem auf die Verteuerung von Energie und sonstigen Rohstoffen zurückzuführen war. Mit Blick auf die Zukunft dürften die Teuerungsraten noch einige Monate über der 2 %-Marke bleiben, bevor sie auf unter 2 % zurückgehen. In diesem Verlauf schlägt sich die Erwartung nieder, dass der zugrunde liegende

Preisdruck im Euroraum vor dem Hintergrund eines schwachen Wirtschaftswachstums im Eurogebiet und in der übrigen Welt begrenzt bleiben dürfte.

Die Risiken in Bezug auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisentwicklung sind nach wie vor weitgehend ausgewogen. Aufwärtsrisiken bestehen in Zusammenhang mit stärkeren Erhöhungen der indirekten Steuern und administrierten Preise als angenommen sowie mit einem Anstieg der Rohstoffpreise. Abwärtsrisiken ergeben sich vor allem aus den Auswirkungen eines schwächer als erwartet ausfallenden Wachstums im Euroraum und in der übrigen Welt.

Die **monetäre Analyse** weist darauf hin, dass die Grunddynamik der monetären Expansion nach wie vor verhalten ist. Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 ging von 2,0 % im November 2011 auf 1,6 % im Dezember zurück. Darin spiegelte sich eine weitere Abschwächung der monetären Dynamik gegen Jahresende wider.

Die jährlichen Zuwachsraten der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und an private Haushalte, bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen, verringerten sich im Dezember ebenfalls weiter auf 1,2 % bzw. 1,9 %. Beim Volumen der MFI-Buchkredite an die beiden Sektoren war im Dezember ein Rückgang zu verzeichnen, der im Fall des Sektors der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften besonders stark ausgeprägt war. Darüber hinaus gibt es Anzeichen dafür, dass die Kreditvergabekonditionen weiter gestrafft wurden, was sich Ende 2011 auf das Kreditangebot in mehreren Ländern des Euroraums auswirkte. Diese Entwicklung lässt noch keine endgültigen Schlüsse zu, vor allem da das erste dreijährige längerfristige Refinanzierungsgeschäft derzeit noch dabei ist, seine Wirkung auf die Refinanzierung der Banken zu entfalten, und möglicherweise noch nicht vollständig in der aktuellen Umfrage zum Kreditgeschäft erfasst worden ist. Zudem steht die Umsetzung weiterer, im Dezember angekündigter geldpolitischer Sondermaßnahmen noch aus. Dementsprechend ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Kreditentwicklung in nächster Zeit aufmerksam verfolgt wird.

Die Solidität der Bankbilanzen wird von wesentlicher Bedeutung sein, wenn es darum geht, im Zeitverlauf eine angemessene Bereitstellung von Krediten an die Wirtschaft zu erleichtern. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Umsetzung der Rekapitalisierungspläne der Banken nicht zu Entwicklungen führt, welche die Finanzierung der Wirtschaftstätigkeit im Euroraum beeinträchtigen.

Zusammenfassend zeigt die wirtschaftliche Analyse, dass sich der zugrunde liegende Preisdruck weiterhin in Grenzen halten dürfte und die Risiken in Bezug auf die mittelfristigen Aussichten für

die Preisentwicklung weitgehend ausgewogen bleiben. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Zur Stärkung des Vertrauens und Schaffung eines günstigen Umfelds für ein nachhaltiges Wachstum ist eine Kombination aus Strukturreformen und Haushaltsdisziplin unerlässlich. Mit Blick auf die **Finanzpolitik** müssen alle Regierungen des Euro-Währungsgebiets weiterhin alles daran setzen, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle Länder ihre für 2012 angekündigten haushaltspolitischen Ziele einhalten. Dies sollte zu einer Verankerung der Erwartungen hinsichtlich einer soliden Finanzpolitik und zur Stärkung des Vertrauens beitragen. Auf EU-Ebene wie auch in den rechtlichen Rahmenwerken mehrerer Mitgliedstaaten werden derzeit die Vorschriften in Bezug auf die Ausgestaltung und Umsetzung der nationalen Finanzpolitiken gestärkt. Dies sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Was **Strukturreformen** anbelangt, so sind diese von zentraler Bedeutung, um die Anpassungs- und die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder zu stärken und somit die Wachstumsaussichten zu verbessern und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu begünstigen. Vor allem sollten weitreichende und ehrgeizige Reformen durchgeführt werden, um den Wettbewerb auf den Gütermärkten (insbesondere im Dienstleistungssektor) zu fördern; gleichzeitig sollten Arbeitsmarktrigiditäten abgebaut und die Lohnflexibilität erhöht werden.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Direktion Kommunikation

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.